

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

218 (21.9.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restzeit-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Auftrages, bei geschäftlicher Unterbrechung und bei Kontouränderung ohne Rücksicht auf den Inhalt der Anzeigen-Kontingente 50% erhöht wird. Bei Kontouränderung 50% erhöht wird.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,80 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. durch die Post 2,60 Mark o. Einschreiben 10 Pfennig o. Einschreiben und Rückzahlung: Karlsruhe 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Reichsbank und Reichspost: Karlsruhe 1. D., Wallstraße 28 o. Journal 1000 und 1021 o. Doltschreud-Platz: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Telegraphenstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 218

Karlsruhe, Montag, den 21. September 1931

51. Jahrgang

Englands Goldwährung außer Kraft Zwangsmaßnahmen gegen die Finanzkrise

Das Kommuniqué der engl. Regierung

London, 20. Sept. Neuter veröffentlicht folgendes Kommuniqué:

Die Regierung ist nach Zurückziehung der Bank von England darüber klar geworden, daß es notwendig ist, ab Sonntag, den 20. September Mitternacht, die Goldwährung außer Kraft zu setzen.

Ein Gegenentwurf, der die Bank von England ermächtigt, die Einführung der Banknoten in Gold einzustellen, wird dem Parlament am Montag vorgelegt und sofort in allen drei Lesungen erörtert werden.

Seit Mitte Juli sind Summen, die sich auf über 200 Millionen Pfund belaufen, vom Londoner Platz weggezogen worden. Diesen Anforderungen ist man teilweise mit Hilfe der Bestände an Gold und fremden Wälofen nachgekommen, teilweise mit Hilfe der in Frankreich und Amerika eingeräumten Kredite.

Durch die oben angeführten Beschlüsse werden Verpflichtungen der englischen Regierung oder der Bank von England, die in fremden Währungen zahlbar sind, nicht betroffen. Eine Unterbrechung des gewöhnlichen Bankgeschäftes wird morgen nicht eintreten. Es besteht kein Grund, daß solche Transaktionen, die sich in Sterling beziehen, durch die neuen Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Börse wird morgen nicht geöffnet sein, da morgen das Parlament die Annahme der notwendigen Gegenentwürfe erörtern muß.

Die Regierung ist der Ansicht, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten nicht auf Kapitalexport durch englische Staatsangehörige zurückzuführen seien, da die große Masse der Kapitalzurückführungen auf fremde Rechnung erfolgte.

Die Banken haben sich verpflichtet, ihre Mitwirkung bei der Einschränkung der Käufe in fremden Wälofen durch englische Staatsbürger zur Verfügung zu stellen. Ausgenommen sind nur solche Wälofenanforderungen, die zur Erfüllung bestehender Verpflichtungen oder durch die tatsächlichen Bedürfnisse des Handelsverkehrs sich ergeben. Die Regierung wird, wenn es rätlich erscheint, nicht zögern, noch weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Vorgeschichte und Maßnahmen

Eine neue Partei Macdonalds und Fünfjahresplan?

London, 2. Sept. Am Samstag sprach eine Abordnung führender Bankiers, darunter ein Vertreter der Bank von England, beim Premierminister vor, um die Finanzlage zu erörtern. Macdonald leitete heute weitere Beratungen über die Lage. Am Samstag sollen 10 Millionen Pfund verloren gegangen sein. Macdonald und die Bankvertreter stimmten darin überein, daß sofort Maßnahmen getroffen werden müssen, um der neuen Gefahr zu begegnen. Ein Fünfjahresplan zur Rettung der britischen Wirtschaft sei in Vorbereitung.

Die Bank von England hat ihren Diskontsatz von 4,5 auf 6% erhöht. Dieser Satz kommt zu Beginn des Geschäftes am Montag, 21. September, zur Anwendung.

Ende Oktober oder Anfang November wolle die Regierung an die Nation appellieren, um sich von ihr den Auftrag zur Durchführung eines solchen Fünfjahresplans erteilen zu lassen, dessen wichtigster Teil die Schaffung von Einfuhrzöllen sein dürfte. Die Männer, die das gegenwärtige Kabinett bilden, beabsichtigen dabei als die Führer einer neuen Partei der nationalen Einigung vor das Volk zu treten. An erster Stelle der neuen Partei soll dem Vortritt zufolge Macdonald figurieren, während Baldwin ihm als wichtigste Stütze zur Seite stehen würde. Auch über die Zollfrage laufen schon Gerüchte um, angeblich soll dem neuen Kabinett ein Durchschnittszollsatz von 33% Prozent des bisherigen Zollsatzes zu Grunde gelegt werden.

Die Suspensionsvorlage kann nicht vor Montag Abend Gesetz werden, da die Bank von England jedoch bereits von der Regierung ermächtigt worden ist, sofort unter dem neuen Gesetz zu handeln, wird die Vorlage der Bank In demnächst geben. Das Oberhaus ist ebenfalls einberufen worden, da die Maßnahmen in beiden Häusern und Parlament morgen durch alle Lesungen durchgesetzt werden sollen.

Rückwirkungen

Was macht Deutschland?

ENA, Berlin, 20. Sept. Der Berliner Börsenvorstand tritt morgen vormittag um 10 Uhr zusammen, um die durch die Notmaßnahmen der englischen Regierung und der Bank von England geschaffene Lage zu beraten. Zu diesen gehört in erster Linie, wie von maßgebender Seite betont wird, eine erneute Schließung auch der deutschen Börsen. Sie dürfte schon

morgen getroffen werden. Auch eine Verschärfung der Devisenvorschriften wird sich voraussichtlich als notwendig erweisen. Inwiefern die Diskonterhöhung der Bank von England eine Diskonterhöhung auf der Reichsbank zur Folge haben wird, bleibt abzuwarten.

Wallstreet zum Vorgehen der englischen Regierung

London, 20. Sept. Wie Neuter aus New York berichtet, wird die vorübergehende Aufhebung des Goldstandards in England in Wallstreet als eine aus dringender Notlage geborene Maßnahme gebilligt.

Siltierung des Devisenhandels in Oesterreich

Wien, 21. Sept. Wie der Morgen erzählt, beabsichtigt das Finanzministerium Montag früh um 8 Uhr die Siltierung des freien Devisenhandels in ganz Oesterreich anzuordnen. Es wird dabei nicht mehr erlaubt sein, ausländische Banknoten, Wechsel oder Schecks auf ausländische Banken, Gutschriften auf ausländische Banken gegen Schillinge zu erwerben. Ausländische Zahlungsmittel sollen nur bei Nachweis des Verwendungszweckes und nur wenn die Behörden die Erwerbung von Devisen für den angegebenen Zweck für notwendig erachten, zugelassen werden. Man erwägt darüber hinaus auch eine Sperre der Einfuhr von Devisen.

„Graf Zeppelin“ in Pernambuco gelandet

New York, 20. Sept. Nach einer Meldung der Associated Press ist der „Graf Zeppelin“ gestern Abend um 10 Uhr in Pernambuco gelandet.

Neues „falke“-Abenteuer

Der in Afrika beheimatete Dampfer „Alte Bormauer“ ist vor Kuba von einem kubanischen Kanonenboot beim Waffenschmuggel entdeckt worden. Das Schiff „Alte Bormauer“ entging der Verhaftung, indem es sich in eine Bucht der Bahamainseln flüchtete. Das kubanische Kanonenboot bewacht die Bucht und ist bemüht, den Dampfer zu beschlagnahmen.

Das Piratenschiff „Alte Bormauer“ ist der breiteren Öffentlichkeit bereits bekannt als der frühere deutsche Dampfer „Falke“, der vor etwa Jahresfrist von der Hamburger Firma Brenslau zum Waffenschmuggel von Gdingen nach Venezuela gechartert wurde. Das Schiff wurde damals von dem venezolanischen General Delgado bei seinem Aufbruch gegen die Regierung von Venezuela als „Kriegsschiff“ benutzt. Im späteren Falleprozess in Hamburg, in dem diese Vorgänge aufgerollt wurden, wurden der Kapitän des Schiffes und seine Hintermänner trotz juristischen Freipruchs moralisch verurteilt.

Aufruf zur Solidarität!

Ein schwerer Winter steht bevor. Not und Kälte bedrohen Millionen unserer Volksgenossen. Mitgefühl allein macht keinen Hungernden satt, richtet keinen Verzweifelten auf. Tatkräftige Hilfe ist nötig. Die Solidarität der arbeitenden Massen, in schwersten Zeiten der Vergangenheit erprobt, muß sich jetzt von neuem erweisen. Die Zahl der arbeitslosen Volksgenossen steigt noch immer. Die Dauer der Arbeitslosigkeit führt zu zunehmender Verarmung ganzer Volksschichten.

Wenn durch die Finanzlage von Staat und Gemeinden die Leistungen der öffentlichen Fürsorge immer ungenügender werden, dann müssen sich alle, die noch arbeiten und alle, die noch über das Notwendige hinaus etwas besitzen, die Hände zu einer besonderen kameradschaftlichen Hilfsaktion reichen. Es geht um die Arbeitslosen und ihre Familien. Es geht um die Kinder, die Jugend, die Invaliden und die Alten. Es sind Klassengenossen, Hand- und Kopfarbeiter, die schuldlos aus dem Arbeitsprozess ausgeschaltet sind.

Die Arbeiterwohlfahrt ruft die Arbeiterschaft und ihre Freunde, alle diejenigen, die für die große Gegenwartsnot Verständnis haben, zu einer Hilfsaktion für unsere notleidenden Klassenkameraden auf. Sie fordert dazu auf, zusammenzutreten und durch kameradschaftliches Helfen zu beweisen, daß die Schicksalsverbundenheit der Arbeiterschaft lebendig ist und bleibt. Die mitunterzeichneten Verbände schließen sich dem an. Wir wissen, daß wir mit dieser Hilfe nicht die sozialen Schäden der kapitalistischen Wirtschaft beheben können.

Es geht uns darum, den Kampfesmut und die moralische Kraft der arbeitslosen Klassengenossen zu erhalten.

Die unterzeichneten Organisationen fordern deshalb alle, an die unser Ruf gerichtet ist, auf, den bei ihnen vorpredenenden mit Ausweis versehenen Sammlern der Arbeiterwohlfahrt, der die Durchführung des Solidaritätswerkes übertragen ist, einen Beitrag, sei es in Form von Geld oder Naturalien, zu geben. Jeder, auch der bescheidenste Betrag ist geeignet, zu helfen.

Gebt für die Notgemeinschaft des arbeitenden Volkes.

Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Hauptvorstand der Soz. Arbeiterjugend Deutschlands
Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Außer den Beiträgen, die für die Sammlungen gegeben werden, nehmen Spenden entgegen die Ortsauschüsse für Arbeiterwohlfahrt, sowie der Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt in Baden. Einzahlungen können auch vorgenommen werden auf das Postfachkonto des Bezirksauschusses Nr. 21718 Karlsruhe.

Wer seine Spende nicht örtlich geben will, überweise sie auf das Postfachkonto des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt Berlin Nr. 5982 mit dem Stichwort „Solidaritätshilfe“.

Regierungsmaßnahmen für Arbeitslose

Naturalunterstützung und Verbilligung des Lebensbedarfs für Arbeitslose im kommenden Winter

Amlich wird mitgeteilt: In den beiden letzten Wochen haben in den Reichsministerien mit den beteiligten Kreisen zahlreiche Besprechungen stattgefunden mit dem Ziele, eine Verbilligung des notwendigen Lebensbedarfs der Arbeitslosen für den kommenden Winter zu erreichen.

Zu den Verhandlungen haben sich Handel und Konsumgenossenschaften zur verbilligten Lieferung von Kartoffeln und Brennstoffen bereit erklärt. Sie haben zugesagt, auf ihre Mitgliedschaft einzumirken, damit sie sich zu billigen Verhandlungen mit den Gemeinden über die Verbilligung weiterer Lebensmittel bereitfinden. Der Handel fordert, daß auch die Erzeuger zu dem Opfer beitragen. Verhandlungen in dieser Richtung sind mit dem Reichsverband der deutschen Industrie aufgenommen. Daneben laufen Verhandlungen mit den Kohlenindustriellen und mit dem Bäder- und Fleischerhandwerk, den Brotfabriken und der Fleischwarenindustrie.

Die Zuführung der verbilligten Lebensmittel an die Arbeitslosen soll nach Möglichkeit über den Einzelhandel und die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften gehen. Es wird auch noch zu entscheiden sein, inwieweit Warenunterstützungen durch Sachleistungen abgelöst werden können.

Die Reichsregierung hofft, auf diese Weise die Kaufkraft der Arbeitslosen kräftigen zu können. Es ist erwünscht, daß auch die einzelnen Fürsorgeträger nicht selbständige Maßnahmen ergreifen, durch die das Ergebnis der sich ihrem Wohlwollen nähernden Verhandlungen beeinträchtigt werden könnte.

Deutsch-schweizerischer Zusammenstoß in Genf

Eine bedeutliche deutsche Panzerei

Genf, 19. Sept. In der Vormittagsstunde des Wirtschaftsausschusses der Völkervereinigung gab der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Pöschel, eine kurze, aber sehr scharfe Erklärung ab, die sich auf die von dem Schweizerischen Vertreter angekündigte Herabsetzung der Schweizerischen Handelspolitik, von der vornehmlich Deutschland betroffen würde, bezog. Dr. Pöschel sagte: Genf wird uns und uns Deutschen vornehmlich durch diese neue Wirtschaftspolitik ein schwerer Schaden bereiten, aber bis zum letzten werden wir uns gegen das Unrecht wehren, das uns damit zugefügt wird. Gottlob! ist die weltwirtschaftliche Verflechtung zu eng, als daß man ihre Fäden ungestrukturiert zerreißen könnte und nicht bedenkt, daß ihre Fäden zerreißen, die Folgen am ehesten Leide seiner Volkswirtschaft zu tragen hätte. Den deutschen Markt als Abgabegbiet zu verlieren, ist eine besonders unangenehme Sache, vornehmlich für Staaten, die, wie wir, zentral in Europa gelegen sind. Das ist das Argument, nach dem gestern der Schweizerische Vertreter Studi Umshau gehalten hat, das seinen wirtschaftlichen Interessenten entgegengehalten; ich ihm den bescheidenen Rat geben möchte, Europa zerfallen zu lassen. Wer es erlebt, wird sehen, wie schwer der Wiederaufbau wird. Ich möchte jedenfalls nicht in der Haut derjenigen stehen, die vor der Welt die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß sie mit ihrem Vorgehen den Verlust zum Umsturz des europäischen Wirtschaftssystems gegeben haben.

Die Erklärung des deutschen Vertreters hat im Wirtschaftsausschuss und darüber hinaus bei der Völkervereinigung tiefen Eindruck hervorgerufen.

Der Schweizerische Delegierte Studi Umshau antwortete sofort auf die Ausführungen des deutschen Vertreters. Er erklärte u. a., der Ausschuss werde selbst beurteilen können, ob seine Erklärungen eine so scharfe Antwort rechtfertigen. Er habe gestern Gegenseitigkeit verlangt, nicht einmal Weisheitsbegünstigung. Es sei absolut unbestreitbar, daß die anormale wirtschaftliche Lage eine gewisse Umordnung auf fiskalischem Gebiete herbeigeführt habe. Wenn eine kleine Land in dieser anormalen Lage gewisse vorübergehende Ausnahmeregelungen treffen, so sei es übertrieben, von einer Verschlingung Europas zu sprechen. Man werde aber von der Schweiz, die weder für den Krieg noch für die Friedensverträge verantwortlich sei, nicht verlangen können, daß sie unter der gegenwärtigen Lage ganz besonders leide.

Die osterbergsche Zwischenfälle vom Völkervereinigungsrat erledigt

Genf, 19. Sept. Der Völkervereinigungsrat hat die Angelegenheit der Wahlwiderstände in Osterbergsche für erledigt erklärt.

Der Vertreter Polens hat die Zustimmung gegeben, die polnische Regierung werde alle Anstrengungen machen, um der Minderheit das Gefühl des Vertrauens zu geben, ohne das zwischen der Minderheit und dem Staat sich nicht eine Zusammenarbeit herausbilden kann.

Der Völkervereinigungsrat genehmigt die Saargebietsanleihe. Der Völkervereinigungsrat hat bei der von der Regierungskommission des Saargebietes zu Umschuldungszwecken der Gemeinden geplanten langfristigen Anleihe von 150 Millionen Franken seine Zustimmung erteilt.

Der Putschist als Heimwehrführer

Fürst Starhemberg übernimmt die Bundesführung der österreichischen Heimwehren

Wien, 19. Sept. Fürst Rüdiger Starhemberg hat der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß er mit dem heutigen Tage die Bundesführung des Gesamtheimwehrverbandes Österreichs übernimmt.

Man möchte zu diesem Ausgang des „scharfen Einschreitens“ gegen die Heimwehrputschisten schon sagen: österreichische Schlamperei — wenn sich bei uns nicht schon ähnliche Dinge ereignet hätten.

Selbstmord der Nichte Hitlers

Eine mysteriöse Geschichte

München, 19. Sept. Die Nichte Adolf Hitlers, Geri Raubal, die seit zwei Jahren auf der gleichen Etage wie Hitler, aber in einer Nachbarwohnung wohnte, hat Selbstmord begangen. Die Tat muß Freitag nachmittags ausgeführt worden sein, kurz nachdem Hitler nach Erlangen abgereist war. Die Besitzerin der Wohnung hörte einen dumpfen Aufprall, dem sie jedoch keine besondere Beachtung schenkte. Abends aber, als sich im Zimmer nichts rührte, schloß sie die Tür auf und fand das Mädchen, mit der Schuttmantel in der Hand, entseelt am Boden liegen. Die Mutter, eine Schwester Hitlers, die in Berchtesgaden wohnt, ist inzwischen in München eingetroffen.

Die neuen Notverordnungen

Eine ungenügende Abschlagszahlung

Die Reichsregierung hat am Samstag verschiedene Notverordnungen erlassen.

Bankkontrolle

Die Bankkontrolle tritt am 1. Oktober in Kraft und wird von einem Kommissar, der dem Reichswirtschaftsrat untersteht, in Zusammenarbeit mit einem Kuratorium ausgeübt. Die Notverordnung befiehlt den deutschen Banken weiterhin die volle privatwirtschaftliche Verantwortlichkeit für ihre Geschäftsführung und steht keine Eingriffe im einzelnen vor. Dagegen wird die Möglichkeit geschaffen, die Bankpolitik vom gesamtwirtschaftlichen Interesse aus zu beeinflussen. Es können Bücher eingesehen, Nachprüfungen veranlaßt, Vorstands- und Aufsichtsratsitzungen verlangt werden.

Die Notverordnung ist nur eine bescheidene Abschlagszahlung auf die Forderungen, die angesichts der heutigen Notwendigkeiten gefordert werden müssen. Die Lieferung der notwendigen Bankkontrollen und Kapitallenkung wird durch die Notverordnung nur „auf Stottern“ gewährt. Der Wert dieser Anleihe wird in letzter Hinsicht davon abhängen, ob, und in welchem Maße die weiteren notwendigen Maßnahmen erfolgen werden. Die Aufgabe der Sozialdemokratie würde sein, die Rolle des unerbittlich auf die Zahlung der weiteren Raten drängenden Gläubigers zu spielen.

Aktienrechtsreform

Die Notverordnung über die Aktienrechtsreform wurde durch die sogenannte kleine Bilanz durchgeführt. Sie bringt vor allem eine wesentliche Verschärfung der Offenlegungspflichten, sowie die Einführung der Bilanzprüfung und sorgt für eine größere Klarstellung der Konzernverpflichtungen. Durch ein grundsätzliches Verbot der Kreditvermehrung an den Vorstand und alle ihm nahestehenden Personen soll größere Sicherheit gewährleistet werden. Die Verantwortlichkeit des Aufsichtsrats wird verschärft. Ein Mitglied des Aufsichtsrats darf in der Folge nur 20 Aufsichtsratsmandate in seiner Hand vereinigen, was allerdings auch heute noch viel zu viel ist. Gemeinsam für Vorstand und Aufsichtsrat sind die Vorschriften über die Geldentziehung und die Verschwendung. Bei einem Handeln zum Nachteil der Gesellschaft sowie bei Bilanzverschleierung kann in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren erkannt werden. Bedauerlich ist, daß die Verordnung noch Übergrößenvorschriften vorsieht, was die Durchsetzung verzögern kann, trotzdem heute schleunigstes Vorgehen geboten ist. Durch Sinauschiebung der Infragestellung werden die wichtigsten Bestimmungen zum größten Teil in Kraft gesetzt, was in diesen Tagen der dringenden Not äußerst unverständlich ist.

Freistaat Baden

Die Herabsetzung der Gemeindebeamtengehälter

Die Angleichung der Gehälter der Gemeindebeamten an die der Landesbeamten

Die badische Regierung hat die vom Innen- und Finanzministerium ausgearbeiteten Richtlinien über die Angleichung der Gehälter der Gemeindebeamten an die der Landesbeamten den Organisationsräten der Städte und Gemeinden zur Stellungnahme unterbreitet. Sie leben bezüglich der Belohnung folgendes vor:

Das Gehalt der Oberbürgermeister der beiden Großstädte Karlsruhe und Mannheim soll 20 000 RM., das der Oberbürgermeister der Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohner 17 000 RM. betragen. Jährlich 14 000 RM. erhalten die Oberbürgermeister der Städte mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern, sowie die stellvertretenden Bürgermeister der Großstädte. Bei den aufsteigenden Gehältern, die sich nach je zwei Jahren erhöhen, umfasst die Besoldungsgruppe, die mit 8400 RM. beginnt und mit 12 600 RM. endet, die Bürgermeister der Städte und Stadtgemeinden mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern (z. B. Durlach, Offenburg, Bruchsal, Kaffatt). Jährlich 7000 bis 9700 RM. erhalten die Direktoren größter Ämter, Betriebe und Anstalten der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern, sowie die Leiter öffentlicher Sparkassen mit mehr als 40 Millionen RM. Einlagen. Die Bürgermeister der Stadtgemeinden mit 6000 bis 10 000 Einwohnern (z. B. Ettlingen) fallen unter die Gruppe, die jährlich mit 6000 bis 9000 RM. dotiert ist. In diese Kategorie fallen u. a. auch die stellvertretenden Bürgermeister der Städte mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern, sowie die Leiter der öffentlichen Sparkassen mit 25 bis 40 Millionen RM. Einlagen.

In den Stadtgemeinden von 4000 bis 6000 Einwohnern erhalten die Bürgermeister jährlich 4800 bis 8400 RM. Bürgermeister in Landgemeinden von 4000 bis 6000 Einwohnern und in Stadtgemeinden von 3000 bis 4000 Einwohnern (z. B. Zell i. M., Müllheim, Wertheim, Laubersheim, Gengenbach) unterliegen einer Besoldungsgruppe, die mit 4800 RM. beginnt und mit 7000 RM. aufhört. Die Bürgermeister in Landgemeinden mit 3000 bis 4000 Einwohnern und die Bürgermeister von Stadtgemeinden mit 2000 bis 3000 Einwohnern sollen jährlich 4100 bis 5900 RM. erhalten. Jährlich 2800 bis 5000 RM. erhalten die Bürgermeister der Gemeinden von 2000 bis 3000 Einwohnern, der Ratsschreiber und der Rechnungsführer in Stadtgemeinden mit 2500 bis 4000 Einwohnern, sowie Verwaltungssekretäre, Finanzsekretäre und andere. Die Bürgermeister in Gemeinden von 1500 bis 2000 Einwohnern (z. B. Meersburg, Schönau) unterliegen einer Besoldungsgruppe von 2800 bis 4200 RM. Bürgermeister in Gemeinden bis 2000 Einwohnern sollen 2400 bis 3600 RM. erhalten.

Bürgermeister (Oberbürgermeister) in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern kann eine Dienstkaufmännlichkeitsabgabe bis zum Betrag von 10 Prozent des Grundbesitzes bewilligt werden. Die Bewilligung besonderer Vergütungen für Arbeitsleistungen, die zu den Dienstaufgaben der Beamten gehören, ist nicht zulässig. Bezüge aus einem Nebenamt sind auf die Dienstbezüge der Beamten anzurechnen, falls nicht im Einzelfall eine Ausnahme zugelassen wird.

John Bull

im nationalsozialistischen Führer

So sehr auch der nationalsozialistische Führer immer wieder behauptet, daß er ein Mann von republikanischer Seite auf die

Steueramnestie durch steuerfreie Reichsanleihe und Sondergerichte gegen Geheimeshändlung und Terror

In einem weiteren Teil der Notverordnung wird die Steueramnestie bis zum 15. Oktober verlängert. Gleichzeitig werden in einer äußerst merkwürdigen und vom moralischen Standpunkt äußerst bedenklichen Weise den Steuerpflichtigen goldenen Brücken gebaut. Neben der Selbstanziege der verschwiegenen Werte wird nämlich ein neuer Weg geschaffen, nämlich der Erwerb einer steuerfreien Reichsbahnleihe in Höhe der bisher nicht angegebenen Werte ohne Anzeigepflicht. Damit soll den Steuerhinterzählern als letztesmal Gelegenheit gegeben werden, wieder steuerfrüh zu werden. Wer nunmehr sein Vermögen weiterhin vorzüglich und nicht richtig deklariert oder das bisher schon angegebene Vermögen nicht entsprechend berichtet, auf jeden Fall mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. Außerdem sollen in verstärktem Maße edelstättliche Verfügungen über im Ausland vorhandene Vermögensgegenstände gefordert werden. Endlich wird sich die Reichsregierung mit ausländischen Regierungen zwecks gegenseitiger Erlassung der im Ausland befindlichen Vermögen in Verbindung setzen.

Die beabsichtigte Reichsbahnleihe muß, im Falle hierfür Amnestie gewährt wird, 5 Jahre ununterbrochen im Besitz behalten werden. Die Anleihe soll außerdem steuerfrei sein. Um aber der Steuerpflichtigen für die Zukunft keine ungerechtfertigten Vorteile auszuweisen, ist der Zinssatz niedrig, d. h. auf 4 1/2 Prozent bemessen. Darin liegt gleichsam ein vorweg genommener Abzug der in Frage kommenden Steuern von Einkommen und Vermögen. Die Anleihe soll auch von anderen Personen als Steuerhinterzählern erworben werden können. Ueber den Erfolg der Anleihe kann naturgemäß noch nichts gesagt werden. Das Aufkommen wird die Reichsbahn für ein zulässiges Arbeitsbeschaffungsprogramm verwenden.

Schließlich weist die Reichsregierung auf folgendes hin: Es ist in letzter Zeit eine so weitgehende Nichtachtung der Gesetze und ein so erschreckender Mangel an gesundem Gemeinschaftsgefühl und staatsbürgerlicher Gesinnung herorgetreten, daß durchgreifende Abwehrmaßnahmen unerlässlich sind. Die Reichsregierung hat sich daher entschlossen, zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und zur Herabhaltung der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Steuerkraft dem Herrn Reichspräsidenten den Erlass einer Notverordnung über die Errichtung von Sondergerichten vorzuschlagen. Die Sondergerichte sollen in einem auf das äußerste beschleunigten Verfahren zur Aburteilung von gewöhnlichen Terrorakten und Gewalttätigkeiten sowie von schweren Fällen verbrecherischer gewöhnlicher Wirtschaft oder Steuer- und Besonderehinderung berufen sein.

Spruch nehmen könne. Der Haß der Nationalsozialisten gegen das Ausland ist sofort dann verstummt, wenn diese glauben, es für ihre Zwecke — mißbrauchen zu können. Wir konnten in dieser Weise vor einiger Zeit auf das Teufelsmehl zwischen den Nationalsozialisten und dem französischen Nationalsozialisten herab und dann auf die Teufel zwischen Hitler und dem englischen Nationalisten Kortholme hinweisen, die beide jedoch wie das Hornberger Stiefchen ausgingen. Nun hat der nationalsozialistische Führer eine neue Liebe entdeckt, und zwar ist es das englische Sensationsblatt John Bull.

Wer erinnert sich, sobald dieser Name fällt, nicht daran, wie die Wochenchrift John Bull im Kriege gegen Deutschland für Tag für Tag im englischen Volk Schwindeleien und Lügen über Deutschland gebracht hat, mit dem Zwecke, das deutsche Volk in der Welt schlecht zu machen und zu lästern. Und heute ist dieses englische nationalsozialistische Hehblatt der Nationalsozialisten gerade gut genug, um als Stimme — gegen die deutsche Außenpolitik mißbräuchlich ausgenutzt zu werden. Fast könnte man sagen, die Nationalisten aller Länder finden sich zu Wasser und zu Lande, wenn dies nicht eine Einschränkung insbesondere erfordern würde, als der Verfasser des Artikels im John Bull, Mr. A. G. Gardner, ganz andere Ziele im Auge hat, als sie der Führer seinen Lesern weismacht. Der Artikelverfasser im John Bull, Gardner, ist nämlich ein schon seit langem bekannter Verleumdungspolitiker, der nichts anderes will, als was die Verleumdungspolitiker seit den Tagen von Versailles wollen, nämlich eine Revision des Vertrages von Versailles durch friedliche Mittel.

Der nationalsozialistische Führer mißbraucht also den Artikel Gardner, wenn er behauptet, daß das, was der Engländer schreibt, ein Zeugnis wäre für die Richtigkeit nationalsozialistischer Auffassungen. Dies trifft ganz und gar nicht zu. Was die Nationalsozialisten von Anfang an und heute gepredigt haben und predigen, das ist eine Sabotagepolitik gegenüber dem Ausland, verbunden mit Kriegshetze und eventuellen Kriegsmöglichkeiten, also eine Politik, die ganz und gar nicht zur Revision von Versailles führen könnte und sehr schnell, wie wir es an praktischen Beispielen bereits gesehen haben, eine neue Entente nicht nur von Frankreich und seinen mit ihm verbundenen Ostpartnern, sondern auch infolge England und anderen gegen Deutschland herbeirufen würde. Was dagegen die deutsche Verleumdungspolitik und die deutsche Sozialdemokratie wollte und will, das ist eine klare und unerbittliche Politik friedlicher Verständigung, die Deutschland in die Welt zurückzuführen will, und auf diese Weise den Versailles Vertrag immer wieder revidiert, bis schließlich an Stelle dieses Vertrages eine Aera wirklicher Gleichberechtigung Deutschlands getreten ist.

Die Nationalsozialisten zerlegen daher durch ihre Politik diesen Weg zur Revision von Versailles und es ist daher großer Mißbrauch, wenn sie versuchen, Auslandskritiken für sich in Anspruch zu nehmen, die in erster Linie eine Bestätigung der Richtigkeit der Verleumdungspolitik bedeuten sowie auch gleichzeitig der Politik der Arbeiterinternationale, die bereits wenige Jahre nach dem Kriege die Parole der gegenseitigen Schuldenstreichung ausgab.

Senkung des Treibstoffpreises

Durch eine Verordnung der Reichsregierung soll ab 1. Oktober der Treibstoffpreis von 70 auf 50 RM. pro Hektoliter gesenkt werden, um eine Erhöhung des Besuges von Treibstoff zu bewirken und damit eine bessere Verwertung der sehr großen dies-

Aus aller Welt

Drei Schmuggler verhaftet

Zweibrücken, 21. Sept. Ein guter Gang glückte in der Nacht auf Sonntag einem hiesigen Grenzollbeamten, der mehrere Schmuggler stellen konnte, die aus Richtung Homburg mit großen Mengen Zigaretten, Zigarettenpapier, Tabak und Kaffee die Saargrenze überschritten hatten. Es gelang, drei Personen festzunehmen, während die anderen Teilnehmer im Dunkel der Nacht entkamen.

Raubüberfall auf einen Konsumvereinsladen

Wesel, 19. Sept. Gestern nachmittags fünf Uhr erschien ein maskierter Mann in einem Konsumvereinsladen in der Hebelstraße, bedrohte die Verkäuferin mit einer Pistole, schwang sich über den Ladentisch und raubte aus der Ladentafel die Ledermappe, in der das Papiergeld aufbewahrt wird. Auf seinem bereitstehenden Fahrrad flüchtete er. Bei der alsbald aufgenommenen Verfolgung gab der Räuber einen Schuß ab, ohne zu treffen. Er konnte entkommen.

60 000 Abtreibungsfälle

In der vom Verband der Ärzte Deutschlands herausgegebenen Zeitschrift für das Wartezimmer des Arztes Das Hörrohr finden wir die folgende Notiz:

Nach den Statistiken des preussischen Landesgesundheitsamtes gelangen in Deutschland jährlich 60 000 Abtreibungsfälle zur Kenntnis der Ärzte, davon werden durchschnittlich 10 000 Frauen infolge unglücklicher Behandlung und rund 50 000 nach einem dauernden Siechtum. Wann werden diese erschütternden Zahlen den Reichstag veranlassen, den Schwangerschaftsabbruch aufzuheben?

Man sollte hoffen, daß diese Notiz ein Signal für einen ständigen Kurswechsel in der deutschen Ärzteschaft sein würde. Leider ist es anders, denn auf dem deutschen Versteher, der am 18. Juni 1931 in Köln stattfand, führte dessen Vorsitzender, Geheimrat Dr. Stauder aus:

„Der zur Vernichtung leimenden Lebens erforderliche Eingriff kann selbst bei größter Vorsicht Gefahren für Gesundheit und Leben auch der gesunden Frau im Gefolge haben. Es widerstrebt aber der ärztlichen Berufsauffassung, eine Operation ohne ärztliche Beweggründe vorzunehmen, nur um wirtschaftliche Not zu verhüten. Darum kann die ärztliche Standesvertretung die geforderte Freigabe der sozialen Indikation für eine Schwangerschaftsunterbrechung nicht aufheben.“

Was ist nun Wahrheit? Was Das Hörrohr schreibt oder was Herr Dr. Stauder in Köln zum Besten hat?

Der Liebhaber unter dem Bett

In Czernowitz wurde ein geriebenes Erpresserfädchen unglücklich gemacht, dem zahlreiche Liebeswütige Jünglinge und Männer der Stadt zum Opfer gefallen sind. Die Heiße — so heißt das Mädchen — posiert alsbald in der Hauptstraße auf und ab. Jedes geflüchtete Versteht sie, die Blinde der Männer auf sich zu lenken. Da sie nicht den Eindruck einer Prostituierten macht, gelang es ihr bald, Anschluss zu finden. Ein Wirt — und der unternehmungslustige Vertreter des „starken“ Geschlechtes folgt ihr in die dunkle Schulgasse in einen noch dunkleren Hof-

raum und in ein stockfinstres Vorsimmer. Schließlich hat man sich in ein von gedämpftem Lampenlicht schwach erleuchtetes Zimmer im Erdgeschoss durchgesetzt. Endlich allein! Das wirklich hübsche Mädchen widersteht erst leicht dem allzu stürmischen Vordränger, der beglückt ist, daß überhaupt kein Wort über den Viebesobolus fällt. . . . Das Licht wird abgedreht, und bald ruht man in Amors Armen.

Als der liebesgeglückte Besucher sich schließlich zum Fortzug anschickt, ohne zur Vorkasse zu greifen, bringt ihn ein energisches „Balt!“ zum Stehen. — „Was — umionit?“ herricht ihn die bis her so liebe und sanfte Bella wuschelnd an. Unwillig und enttäuscht zieht der Gast eine Hundert-Deutsche. „Du wenig, ich bin nicht eine von der Straße“, erklärt Bella kurz. Der Gast weigert sich hartnäckig, mehr zu zahlen. Er spricht von der schweren Krise, der Verbilligung aller Lebensbedürfnisse u. a. m. Bella bleibt fest bei der Forderung. „Zahle — oder —?“ da springt auf ihren Ruf „Stasju“ ein hünenhafter Geselle, ihr Geliebter, unter dem Bett hervor und hält dem erbleichenden Besucher seine Kistenkäufe unter die Nase. „Wie kommen Sie zu meiner Braut?“ donnert er drohend den Fremden an. Zu Tode erschrocken wagt dieser weder einen Widerstand noch die Flucht. Er schießt sich in der Höhle des Löwen. Und sagt bereitwillig alles. . . .

Opfer folgte auf Opfer. Bis schließlich eine Anleihe erfolgte. Ein hübscher Kammer der Sittenpolizei wurde fitzenlos und ließ sich von Bella in das unterirdische Liebesquartier „verführen“. Anstatt aber Hellas „Anschuld“ zu finden, tritt er wenig sari unter das Bett und sog mit vorbestimmtem Revolver den lieben Stasju hervor, der nicht wenig überfordert war. Stasju und seine Geliebte mußten dem Beamten aufs Kommissariat folgen. Wie der Sozialchronist noch meldet, bleiben die Empfänger in der Schulgasse vorläufig abgeigt.

Williges Geld . . .

In Klauenburg wurden zwei junge Burschen verhaftet, die sich dadurch verdächtig gemacht hatten, daß sie in Restaurants und Kaffeehäusern stets mit Taschengeld besetzten. Der Verdacht beschäftigte sich: man fand bei den jungen Männern zahlreiche gefüllte Bantnoten. Schon beim ersten Verhör gestanden die Verhafteten, von einer Gesellschaft eine größere Anzahl von Bantnoten „aus Verwertung“ übernommen zu haben. Sie gaben an, weitere 500 Stück Taschengeldnoten im Friedhof vergraben zu haben. Tatsächlich wurde das Geld unter einem Grabstein vorgefunden.

Bei den weiteren Nachforschungen kam man einer ersten Geldfälscherorganisation auf die Spur. In Geromonostr wurden drei „Bankiers“ ungarischer Nationalität dingest gemacht, die ein Bankhaus zum Betrieb der von ihnen in größtem Ausmaße hergestellten Taschengeldnoten gegründet hatten. Die Bank erreute sich unter den Bauern der Gegend großer Beliebtheit, da sie gegen gewöhnliche Wechselbedingung umfangreiche Kredite gewährte und sehr niedrige Zinsen forderte. Die Kreditgeber bestanden, wie jetzt festgestellt werden konnte, aus fälligen Tausendern. Die Ablicht der arbeitslosen Bankiers war, die gefälligen Noten auf diese Art unterzubringen und die Darlehen in gutem Gede wieder einzusammeln. Obgleich die Bank erst ganz kurze Zeit besteht, hat sie bereits einen weiten Kundenkreis. Die Leute haben förmlich auf das hübsche Geld. Außerdem unterwirft die Bank nach eine Anzahl eingewählter Klienten, die das falsche Geld auch in den Städten in Verkehr zu bringen hatten. Nun konnte durch die Festnahme von zwei dieser Klienten in Klauenburg schließlich das ganze Fälschernetz ausgehoben werden.

Kleine badische Chronik

Unter die Eisenbahn geraten

* Heidelberg, 19. Sept. Heute vormittags kurz nach 8 Uhr wurde auf dem DSB-Bahnhof Wieblingen der 23 Jahre alte verheiratete Eisenbahnarbeiter Wilhelm G. u. a., der durch Anlegen infolge der Röhre gestürzt war, von einem Güterwagen überfahren und sofort getötet. G. stammte aus Edingen, wohnte aber seit einem Jahr in Wieblingen.

Vom Bliz erschlagen

* Limpsa (Amt Lanterbach), 20. Sept. In der Nähe von Limpsa wurde bei einem niederstehenden Gewitter ein Pferdepaar vom Bliz erstickt, wobei der auf dem Wagen sitzende Wirt, Fleckmann tödlich getroffen wurde. Sein neben ihm sitzender Vater wurde nicht nur nicht verletzt, sondern bemerkte den Vorfall erst, als sich ein Pferd, das ebenfalls vom Bliz getroffen wurde, aufbäumte, und er seinen Sohn darauf aufmerksam machen wollte. Mit Schreck mußte er feststellen, daß sein Sohn im gleichen Moment tot in den Wagen zurückfiel.

Den Vermieter erstochen

* Mannheim, 21. Sept. Ein bei einem Ehepaar als Untermieter in den G-Quadranten wohnender 44jähriger Schlaggänger, der von der Firzorgunterstützung lebte, die Miete nur unter Drohungen bezahlte und auch sonst übel beleumundet war, stieß dem Kleinrentner Jung, als dieser seinen Mieter zur Rede stellte, ein Messer in die Herzgegend. Nach der Tat blieb er kaltblütig in seinem Zimmer. Jung ist a r b an seiner Verletzung im Krankenhaus.

Reichsbahninspektor im Dienst tödlich verunglückt

* Rehl, 19. Sept. Gestern nachmittags wurde der 64 Jahre alte Reichsbahnmaschineninspektor Robert Wöhlert auf bisher unklärte Weise von einer rangierenden Lokomotive erlegt und etwa 30 Meter mitgeschleift, bis es dem Lokomotivpersonal, das den Vorkang zu spät bemerkte, gelang, die Maschine zum Halten zu bringen. In schwerverletztem Zustand wurde der Unglückliche nach dem Krankenhaus überführt, wo er kurze Zeit nach seiner Entlieferung starb.

Ein tödlicher Motorradunfall

* Deutesheim, 21. Sept. (Eigene Meldung.) Heute nacht zwischen 12 und 1 Uhr ist der ledige Müller Max Bams aus Deutesheim mit seinem Motorrad auf der Straße Korf-Wodersweiler tödlich verunglückt. Vermutlich ist Bams zu rasch gefahren, hat eine Kurve zu kurz genommen, streifte mit dem Fußtritt den Boden und kam so zu Fall. Er war auf der Stelle tot. Seine beiden Mitfahrer, ein Burche aus Deutesheim und ein Mädchen aus Wodersweiler, wurden schwer verletzt, sie sind mit dem Krankenauto in das Krankenhaus nach Rehl überführt worden.

Zwei neue Fälle spinaler Kinderlähmung

* Konstanz, 18. Sept. In Fridingen waren kürzlich zwei Kinder an spinaler Kinderlähmung erkrankt und wurden andern Tags nach dem Krankenhaus Konstanz überführt. Es wurde damals festgestellt, daß alle Vorsichtsmaßnahmen gegen Weiterverbreitung beachtet worden seien; die Kinder sind noch in der Isolierabteilung in Konstanz. Nun traten zwei neue Fälle auf. Der 18 Jahre alte Hilgale in Fridingen und der 10 Jahre alte Sohn des Schmiedemeisters Ruess in Altheim nahe bei Fridingen sind erkrankt und wurden nun sofort nach dem Krankenhaus Konstanz überführt. Es

wird festgestellt werden müssen, ob im ersten Fall alle nötige Vorsicht beachtet worden ist.

* Heidelberg, Am Donnerstag vormittags wollte sich die 20jährige Tochter Grete des Landwirts Gustav Zimmermann in Wieblingen zur Ochsenbernte auf eine Wiege zwischen Wieblingen und Edingen begeben. Seitdem wir das Mädchen vermisst. Es litt seit kurzem schwer an Grippe und könnte daher bei einem solchen Anfall ins Wasser gefallen sein.

* Mannheim. In einem Betrieb in Waldhof brach ein 25 Jahre alter Arbeiter durch ein Glasdach und stürzte aus vier Meter Höhe ab. Er trug eine Handverletzung und eine Rückenverletzung davon. — Freitag mittag brach in einem Betrieb in den G-Quadranten eine 19 Jahre alte Einzelgerin ihre rechte Hand in eine Druckermaschine und verletzte sich erheblich. Beide Verletzte wurden ins Krankenhaus verbracht. — Freitag abend verlor ein 31 Jahre alter Invalide in der Küche seiner Wohnung in Käferthal durch Defekten das Gasahnen sich das Leben zu nehmen. Nachdem er ziemlich viel Gas eingeatmet hatte, ließ er jedoch von seinem Vorhaben ab und begab sich von seiner Wohnung auf die Straße, wo er zusammenbrach. Der Lebensmüde wurde ins Krankenhaus überführt. Grund zur Tat dürften mitleidige Familienverhältnisse sein. — Das ein Jahr alte Kind eines Schlossers fiel aus dem Bett. Es erlitt einen Schädelbruch und mußte in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus verbracht werden.

* Leutershausen (bei Weinheim), 19. Sept. Das vierjährige Söhnchen des Bahnbeamten Martin Schulz fiel in einem unbewachten Augenblick in eine Wanne mit heißer Seife und zog sich schwere Verbrühungen zu.

* Staufen. Freitag abend stürzte der 65 Jahre alte Tagelöhner Jakob Riege von einem Apfelbaum und brach das Genick. Er war sofort tot.

* Konstanz, 18. September. Der neue Besitzer des thürmischen Anwesens in Leutkirch, Anton Wiedemann, der erst eine Woche das Anwesen besah, wurde von der Gendarmrie der Brandstiftung überführt und hat gestanden, den Brand geleitet zu haben. Nach der Tat war er nach Wallenhausen bei Neu-Allm gereist, woher er ist, und war dann zurückgekehrt.

* Heberlingen. Bei den Erdarbeiten zum Neubau des Postgebäudes wurde ein Skelett gefunden. Man nimmt nun an, daß dieses Skelett das eines vor etwa 45 Jahren verstorbenen Mannes namens Keller ist. Dieser war nach einem in einer hiesigen Wirtschaft stattgefundenen Streites spurlos verschwunden und alle Nachforschungen nach ihm waren erfolglos. Der Fund wird mit der Tat in Zusammenhang gebracht, weil das Verbrechen dieses Mannes nie geklärt wurde und der Fundplatz in der Nähe der Wirtschaft ist, der damals der Streit ausgetragen wurde, liegt. Die Beteiligten sind alle gestorben.

* Volkshausspiel Dettigheim. Mit den zwei Vorstellungen am 20. und 27. September wird das diesjährige Spieljahr seinen Abschluß finden. Diese beiden Spieltage werden auch den Andreas Doser zum letzten Male bringen. Für das Spieljahr 1932 ist ein neuer Stoff in Aussicht genommen. — Trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage ist die Dettigheimer Spielgemeinde entschlossen, das Unternehmen in eine bessere Zeit hinauszutreiben. Dazu ist allerdings notwendig, daß die Freunde und Gönner des Spieles durch regen Besuch zur Kräftigung und Stützung des Unternehmens beitragen. Alle Freunde des Volkshausspiels, die wegen der schlechten Witterung ihren Besuch verschoben haben, mögen nun an den beiden letzten Spieltagen nicht verkommen. Dettigheim in ihr Sonntagsernteromm einstecken. — Es sei noch einmal die stark reduzierten Eintrittspreise hingewiesen, die auch dem Winderbemittelten den Besuch gestatten dürften.

Herr Feit privat, Herr Feit als SA-Führer

Eine Musterbeispiel für deutsche Frucht, Sitte und Ordnung

Die Mannheimer Volkstimme berichtet unter obigem Titel über einen der lautesten Schreier der Mannheimer Nazis, damit ein Bild jener Naziheulen gebend, welche die „Moral“ der deutschen Gegenwart neu beleben wollen:

Einer der lautesten Schreier und rüdesten Gesellen der Mannheimer Hitlerbewegung ist der latifam bekannte Herr Feit. Seine sogenannte politische Laufbahn setzt sich zusammen aus einer Reihe nicht gerade ehrenhafter Ersehe, die ihm in der Öffentlichkeit des reits den Namen eines ausgemachten Schlägers eintragen haben. In Stadtrat und im Bürgerausschuß ist er einer seiner Vertreter seiner Partei, die das Schlimmstückerlexikon am besten bezeichnen. In Verleumdungen, persönlichen Verdächtigungen des politischen Gegners ist er keinen Mühen, auf diesem Gebiete auch mit einiger Begabung ausgestatteten Fraktionskollegen noch bei weitem überlegen. Kein Mittel ist ihm schätzig genug, seine politischen Gegner zu verleumben. Dabei gefügt er sich ständig in der Rolle des Säuberers und stellt sich als ein Musterbeispiel persönlicher Ehrenhaftigkeit dar.

Dieser Herr Feit aber hätte Veranlassung genug, sich zurückzuziehen, sein ungemessenes Maul nicht gar zu unbeaufsichtigt herum zu lassen, denn bereits peifen es die Spaten von den Dächern, daß bei Herrn Feit Verchiedenes nicht stimmt.

So hören wir, daß Feit schon seit einigen Wochen gar nicht mehr in Mannheim wohnt, obwohl er verheiratet ist und hier eine Frau zu ernähren hat. Er soll sich, gutem Vernehmen nach, in Heidelberg aufhalten, wo ihn eine Professorenwitwe, die den Nationalsozialisten nicht nur politisch gemogen zu sein scheint, in liebevolle Pflege genommen haben soll. Dieweil weiß seine Frau kaum, wie sie in Mannheim ihr Leben streifen soll. Beim jüdischen Konfektionshaus Kaufmann mußte sie austreten. Sie mußte damals schon für das Wohlleben des Herrn Stadtrats arbeiten. In ihrer Not nahm die Frau nun die Stadtratsblüten ihres Mannes entgegen, bezahlte die Miete und räumte die Wohnung. Als Herr Feit gestern wieder einmal im vornehmen Privatwagen, von Heidelberg kommend, post seiner Wohnung in R 2 vorfuhr, um bei seiner Frau einen „Anstandsbesuch“ zu machen, da war die Wohnung leer, und es blieb dem nationalsozialistischen Stadtrat nichts übrig, als die paar Kleiderknäpfe, die ihm die Frau zurückgelassen hatte, einzupacken und betritt wie ein Lohgerber wieder abzusuchen ins Heidelberger Stadtratsbüro.

Zwischentritt der alte Herr Feit, der sich auf seinen Sohn noch besonders viel einzubilden scheint, macht Kraft, daß die Frau noch was hat, die Stadtratsblüten entgegenzunehmen, die doch eigentlich seinem Sohn gehörten, und meint schließlich resigniert: „Ja, mein Sohn hätte auch eine reichere Frau verdient.“

Bemerkenswert ist, wie man in der Familie Feit jr. und sen. nach den Stadtratsblüten aiert. Schließlich ist der Antrag der Nazi noch nicht vergessen, nach dem diese Blüten auf das gesellschaftliche Mißbehalt herabgestoßen werden sollten. Das hätte dann aber kaum für die Miete und den Unterhalt der verlassenen Frau gereicht, nicht einmal für die Zigaretten, die Herr Feit am Vormittag raucht. Daß die Familie Feit diese Blüten in Anspruch genommen hat, obwohl Herr Feit seit Wochen die meisten Stadtrats- und Kommmissionsleistungen nicht beachtet hat, wirkt ja ebenfalls ein beständiges Licht auf das Pflichtgefühl der Nazis.

Warum wir diese Dinge erzählen: Weil der Öffentlichkeit gezeigt werden muß, welche saubere Gestalten sich bei den Nazi unter der Maske des Ehrenmannes verbergen. So sehen sie aus, die Mannheimer, die den traurigen Mut haben, Männer des politischen Lebens, die auf ein sauberes Bistum von jeder Wert gelegt haben, mit Schmutz zu bewerten. Feine Gesellschaft.“

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Heute Montag, 20. Uhr, im Heim der SWL, Pfingststraße, Arbeitsgemeinschaft. Leiterin: Genossin Stadtratsruhrbe. Hierzu werden alle Genossinnen und Genossen freundlichst eingeladen.

Sozialdemokratische Partei

In der Parteiverammlung vom letzten Freitag, die überaus einen sehr guten Verlauf aufwies, erstattete Genossin Pfingststraße einen eingehenden Bericht über die Vorgänge der letzten Wochen innerhalb der Stadtratsverwaltung (Eingemeindungsfrage, Bürgermeisterfrage) und die dabei von unserer Stadtrats- und Bürgerausschussfraktion befolgte Haltung. Während der Beschlüsse des Stadtrats behufs Anbahnung von Eingemeindungsverhandlungen mit Karlsruhe bei den maßgebenden Instanzen vorparatell zu werden und damit eine dreigliedrige Kommission zu betrauen, einleitend gefaßt wurde, habe ich bereits in den hiesigen Blättern (Badische Presse, Durlacher Tagblatt usw.) ein laufiger Zeitungszettel eingelegt in der mehr oder minder verfeinert Abicht, die Bevölkerung vor diesem Schritt aufzuklären zu machen. Verchiedene Leute fühlen sich berufen. „Ketter des Vaterlands“ zu spielen, sich wichtig zu machen. Es sei ein erhebliches Schauspiel, zu beobachten, wie selbst politisch bellariernde Ströbige, beispielsweise Nationalsozialisten, dem Wortum ihrer Vertreter im Stadtrat in den Rücken fallen. Man könne auf die weitere Entwicklung dieser Dinge gespannt sein und dürfte bei dem bestimmten Lokalcharakter des Durlacher Bürgerturns noch die eine oder andere Schildbürger erleben. Schließlich dürften aber auch in dieser Angelegenheit der Druck der sozialen und materiellen Tatsachen sich härter erweisen, als das augenblickliche Gehe.

Zur Bürgermeisterfrage übergehend, erläuterte der Redner den Gang der Verhandlungen, die Stellungnahme der Stadtrats- und Bürgerausschussfraktion zum Abbau des zweiten Bürgermeisterpostens und zu dem bekannten Antrag des evangelischen Volksdienstes, das Ministerium des Innern zu ersuchen, die Dienstzeit des amtierenden Bürgermeisters bis zur definitiven Klärung der Eingemeindungsfrage zu verlängern bzw. ihn mit der kommissarischen Weiterführung der Geschäfte zu betrauen. Daß dieser Antrag durch den Unfall eines der Antragsteller, ein typisches Beispiel bürgerlich-politischer Zuerlässigkeit, abgelehnt worden, sei ja bekannt und es komme nunmehr zur Wahl. Er schlägt vor, als Kandidaten der Sozialdemokratie den Gen. Bürgermeister Riese zu präsentieren. Scharf hob Gen. Walsdorf noch die zwiespältige Haltung des Zentrums, der sog. „Koalitionspartei“, hervor, nicht minder der die Staatspartei, die anheimelnd an einem Strang stehen. Nach einer umfangreichen und lebhaften Diskussion, welche sich über den außerordentlichen Fragenkomplex hinaus auch auf Fragen der Reichs- und Bundespolitik erstreckte und an welcher sich die Genossen Wobler, Dahn, Boh, Kranke, Döbel, Hagl, Steinbrunn, Vogel, Fäger, Flob, Storch, Paffel und Kraus beteiligten, wurde der Beschlusse des Gen. Walsdorf einstimmig aufgegeben.

Schweinemarkt am 19. Sept. Der Markt war befahren mit 65 Räufer- und 21 Ferkelschweinen; verkauft wurden 58 Räufer- und 201 Ferkelschweine. Preis per Paar Räuferchweine 30 bis 38 M., Ferkelschweine 10 bis 20 M. Am 22. ds. Mts. Großschweine. Am 1. Oktober findet der Schweinemarkt um 8 Uhr statt.

Gewerkschaftliches

Der Herr im Hause. Von der Firma Spiegel u. Wels Nachf. wird uns geschrieben: Zu dem in Ihrer Nr. 216 vom 18. p. st. erschienenen Artikel „Der Herr im Hause“ bemerken wir, daß die gelieferten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. Wir lassen es dem Arbeitsgericht, die Angelegenheit klarzustellen.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1452 *Savonarola, italienischer Reformator. — 1792 *Johann Peter Giesemann. — 1832 *Englischer Dichter Walter Scott. — 1860 *Philosoph Arthur Schopenhauer. — 1895 *Schwedischer Schriftsteller B. Ruberg. — 1905 *Dichter Rudolf Baumbach. — 1921 Explosion Opaau. — 1926 *Sozialistischer Abg. Richard Fischer.

Der Stadtrat hat beschlossen

Ergründung des Stadtrats. An Stelle des verstorbenen Stadtrats Wilhelm Frey rückt der nächste der gemeinsamen Wahlvorschlagsliste der Arbeitsgemeinschaft zwischen Eogl. Volksdienst, Deutscher Volkspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und Konserverpartei Volkspartei, Deutscher Staatspartei und Deutschnationaler Volkspartei angehörige Bewerber, Stadtorde- nent Ferdinand Lang, mit Amtsdauer bis zu der nächsten ordentlichen Stadtratswahl (November 1934) in den Stadtrat ein.

Weihnachtsverkaufsmesse. Die Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Landesverbandes der Reichsarbeitsgemeinschaft reisender Gewerbetreibender hat unter Hinweis auf die Verdienstlosigkeit der Wandergewerbetreibenden Karlsruhes und Durlachs während des Winters um Zulassung einer Weihnachtsverkaufsmesse — als Wechselaus für die Karlsruher vorgeschlagen — nachgelaut. Das Gesuch wird schon mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Not des lebenden Gewerbes abgelehnt.

Karlsruher Schwimmverein. Wegen des immer stärkeren Rückgangs im Besuch des Karlsruher Bäder (im vorigen Jahre Schulhaus) und der damit verbundenen Einbußen der Badverwaltung wird der Betrieb dieser Anstalt ab 1. Oktober d. J. bis vorerst 31. März 1932 geschlossen. Den bisherigen Besuchern des Bades stehen das nächstgelegene Bierbrunnbad und das Friedrichsbad zur Verfügung. — **Schwimmunterricht.** In den Schwimmhallen des Bierbrunnbades und des Friedrichsbades soll auch in diesem Winter (Monate November, Dezember, Januar und Februar) wieder unentgeltlicher Schwimmunterricht erteilt werden.

Mutwillige Alarmierung der Berufsfeuerwehr. Am 7. d. M. ist die Berufsfeuerwehr auf dem öffentlichen Feuerwehler (Ede Karls- und Hohenloherstraße) mutwillig alarmiert worden. Der Täter ist ermittelt. Es wurde gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft Straf- antrag wegen groben Unfugs, Sachbeschädigung und Störung einer öffentlichen Telegrafenanlage gestellt.

Stadtschulrat Walschlag

Kurz vor Redaktionsschluss ging uns die betrübende Mitteilung zu, daß Stadtschulrat Friedrich Walschlag gestorben ist. Ein schweres Leiden, das den nun Verstorbenen seit längerer Zeit heimgesucht hat, hat ihn schließlich am 1. d. M. im Alter von 75 Jahren im Tode überliefert.

Walschlags Hinsehen bedeutet für die Karlsruher Schule einen schweren Verlust, seine schulischen Kenntnisse waren sehr bedeutend, so daß Walschlag im Jahre 1922 zum Stadtschulrat gewählt wurde, nachdem er schon seit 1909 im städtischen Schuldienst stand.

Politisch zählte Walschlag zur Staatspartei. Er war ein edler Demokrat, der schon vor der politischen Umwälzung sich zum freiheitlichen Bürgertum in aller Öffentlichkeit bekannte und auch für die politische Freiheit wirkte. Auf dem Reichsausschuss war er als Stadtverordneter schon vor dem Kriege einer der bedeutendsten Vertreter des fortschrittlichen Bürgertums und auch nach dem Kriege füllte er diesen Posten mit großem Pflichtbewußtsein aus, so daß das Stadtparlament ein Mitglied der ersten Kommissionen verlor. In zahlreichen Kommissionen wirkte er mit großem Erfolge.

Persönlich zählte Walschlag, der ein Alter von nur 57 Jahren erreichte, zu den lebenswichtigen, charaktervollsten und verträglichsten Menschen, was ihm auch allseits große Beliebtheit eintrug. Ein treues Gedenken hat er sich in allen Kreisen gesichert.

Herbst-Tag- und Nachtgleiche

Am 24. September um 1.24 Uhr morgens überquert die Sonne am dem Himmel gebogenen Gradnetz den Äquator von der nördlichen zur südlichen Seite. Sie tritt damit in das Herbstgleichnis ein. Die Sonne verläuft in der Äquatorlinie, die den Äquator der Erde bildet, während man in der Meteorologie schon den ganzen September mit Oktober und November den Äquator überquert. Wie die Sonne sich auf der ganzen Erde Tag und Nacht fast genau gleichlang sind, allerdings nur annähernd: In Mittelamerika z. B. beträgt die Zeitdifferenz zwischen Sonnenauf- und Untergang 12 Stunden 9 Minuten, die Nacht ist dementsprechend kürzer. Erinnerung sei noch an die Tatsache, daß an diesem Tage ein Beobachter am Äquator die Sonne genau im Scheitelpunkt der Mittagszeit hat, sein Schatten also buchstäblich „zu seinen Füßen“ fällt, während ein Beobachter am Nordpol die Sonne an diesem Tag zum letztenmal vor der halbjährigen Winternacht sehen würde, ein Polarreisender am Südpol die Sonne das erste Mal nach der davorigen Winternacht über den „Horizont“ aufsteigen sehe und das Tageslicht nun ununterbrochen ein halbes Jahr ihm leuchten würde.

Wenn oben gesagt wurde, daß die Sonne am 24. September in das Zeichen der Waage eintritt, so beachte man wohl, daß sie dabei tatsächlich nicht im Sternbild der Waage, sondern im noch im westlichen Teil des Sternbildes „Sagittar“ aufsteigt und die Waage erst Anfang November erreicht wird. Woher dieser Unterschied zwischen Sternbild und Zeichen? Infolge der „Präzession“ wird die Umdrehungsachse der Erde nicht dauernd die gleiche Richtung des Himmels, sondern die Stelle des Himmelspols ist dauernd gleichmäßigen Veränderungen unterworfen. Wendet sich aber die Lage der Himmelspole, so verlagert sich mit ihnen auch das ganze Gebilde am Himmel und jeder Stern und jedes Sternbild muß mit der Zeit eine andere Lage im Gradnetz einnehmen. So bezeichnen wir heute noch die Jahreszeiten nach der Stellung der Sonne in den Zeichen im Tierkreis (der scheinbaren jährlichen Sonnenbahn am Himmel), die aber mit den entsprechenden Sternbildern nicht mehr übereinstimmen. Zur Zeit der Namensgebung der Sternbilder mußten sie aber sicher mit dem Zeichen übereinstimmen haben und die bekannte jährliche Präzessionsveränderung erlaubt uns, so das Alter der Tierkreisnamen zu ermitteln. Die Namensgebung muß ungefähr im fünften Jahrhundert vor Christi Geburt bei den Babyloniern erfolgt sein. Von den babylonischen Weltkulturanthropologen übernahmen dann die Griechen, von diesen die Araber die Tierkreiszeichen, und aus deren Schriften und deren arabischer Astronomie kamen sie dann zunächst in astronomischen Gebrauch an den Himmel des Mittelalters und später an den der neueren wissenschaftlichen Astronomie.

(-) **Angler-Bund.** Auf gestern (Sonntag) vormittag 8 Uhr hatte der Bund seine Mitglieder zu einem Preisangeln an den Stichkanal eingeladen. Der Einbruch war sehr zahlreich Folge geleistet worden, denn über 70 Sportler beteiligten sich am Preisangeln, u. a. waren sogar Kollegen von jenseits des Rheins, von Wörth erschienen. Als um 11 Uhr das Preisangeln abgeblasen wurde, konnten doch, trotzdem das Wetter nicht günstig war, ganz nette Resultate verbucht werden. Um 5 Uhr fand in der „Banke“ dem Vereinslokal des Anglervereins Mühlburg, die Preisverteilung statt, bei dem sehr schönen und wertvollen Preis zur Verteilung kamen. Ein Tanz hielt die Mitglieder des Badischen Sport-Angler-Bundes noch einige Stunden gemütlich beisammen.

Karlsruhe-Mörscher Wasser für Stuttgart?

Man spricht immer davon, daß die württembergische Landes- hauptstadt der badischen Landesbauverwaltung weit überlegen sei und viel größere Fortschritte mache, wie dies von Karlsruhe berichtet werden könne. So überlegen nun Stuttgart sein, kann es aber Scheitern doch nicht so ganz ohne Reue auf die badische Landesbau- hauptstadt blicken und zwar in bezug auf das Trinkwasser. Gerade die Versorgung von letzterem scheint für die Stuttgarter auf recht große Schwierigkeiten zu stoßen. Alle möglichen Projekte zu einer besseren Trinkwassererzeugung sind im Laufe der letzten Jahre aufgetaucht. Selbstverständlich wurde zuerst an eine Erschließung des Wasserreichtums Württemberg einschließlich des Bodensees gedacht, aber, wie man hört, betriebigen sie nicht, oder ihre Verwirklichung ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Kein Wunder, daß verschiedene sachverständige Kreise an dem Wasserreichtum des Neckar- landes Baden gedacht haben und insbesondere an das Karlsruher-Mörscher Gebiet, das nicht nur Wasser in bereits unerschöpflichen Mengen liefert, sondern auch in seiner Qualität außerordentlich ist. Nachdem nun von der Frage der Trinkwasser- versorgung Stuttgart in bezug auf die Mörscher Gegend, wo be- kanntlich Karlsruhe ein neues Wasserwerk erstellt hat, längere Zeit nichts mehr zu hören war, ist sie nun in letzter Zeit wieder von neuem ins Rollen gekommen. Der Karlsruher Ingenieur Reg- baumeister Th. Lohrmann hat in zwei Artikeln der Cam- paster Zeitung zu der Trinkwassererzeugung Stuttgarts erneut Stellung, wobei er für die Entnahme des Wassers aus dem Karlsruher Wasserwerk bei Mörsch eintritt. Nachdem der Ver- fasser die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Trinkwasser- versorgung Stuttgarts aus württembergischen Gebiet unter- sucht, schreibt er über das Projekt der Wasserlieferung aus dem Karlsruher-Mörscher Gebiet folgendes:

der in Flus zu bringen und zu einem guten Ende zu führen? Sach- liche Hindernisse kommen nicht in Frage und Formalitäten können heute im Zeitalter der Sachlichkeit kein Hindernisgrund mehr sein.

Der gemeinsame Betrieb des ausgebauten Wasserwerks im Mörscher Wald würde für beide Teile die allgemeinen Betriebskosten verringern.

Da Reinigungsanlagen nicht in Frage kommen, gestalten sich die Transportkosten vom Rheintal nach Stuttgart erträglich, da ja die Anlagelosten für ein Rheintalwerk sich nachgewiesenermaßen am günstigsten von allen Projekten stellen. Die Beteiligung am Mörscher Werk würde Stuttgart gestatten, seine teureren „Behelfs- werke“, als was die bestehenden „Wasserfabriken“ anzusehen sind, abzubauen. Die Wasserwerksdirektion Stuttgart macht freilich ge- genüber Wertes mit direkt angeschlossenen Fernleitungen Beden- ken wegen gefährdeter Betriebssicherheit geltend. Demgegenüber ist zunächst festzustellen, daß bei einer Überquerung des Schwarz- waldbereichs bauwirtschaftliche Schwierigkeiten und Störungen, wie sie im versicherten Bezugsgebiet aufzutreten sind, keineswegs zu erwarten sind. Wenn die Stadt Stuttgart das Rheintalwerk zur Hauptquelle seiner Wassererzeugung macht, entgeht es gleichzeitig der Gefahr, in unerwünschte Abhängigkeit der L.B. zu kommen. Ein so großes Gemeinwesen, wie es die Landesbauverwaltung Stuttgart darstellt, wird nicht ohne zwingenden Grund auf seine Selbstständigkeit in einer so wichtigen kommunal- und finanzpolitischen Frage verzichten. Das nötige Gegengewicht wird die Stadt Stuttgart am sichersten und wirksamsten, insbesondere mit Rücksicht auf die Zukunft, durch die Erstellung eines Rheintalwerkes schaffen.

Die Stadt Stuttgart hat sich in neuester Zeit zur Metroropole des schwäbisch-alemannischen Sprach- und Industriegebietes ent- wickelt. Es wiederholt sich damit ein geschichtlicher Vorgang, der bereits 1000 Jahre zurückliegt. Damals entwickelte sich das Herzogtum Schwaben, — oder Alemannien, wie es auch hieß — reichend von Augsburg bis Straßburg, und wurde auf drei Jahrhunderte Träger des wirtschaftlichen und politischen Geschehens. Die wirtschaft- liche und politische Entwicklung der Länder westlich und südlich des Oberrheins nimmt auch heute wieder seinen natürlichen Lauf. Die Zentralisierung der gesamten schwäbisch-alemannischen Indus- trie in Groß-Stuttgart ist bereits Tatsache geworden. Das Rheintal ist heute das Glacis der Industrie des Groß-Stuttgart. Der Rhein- strom spendet andererseits künftig keine riesigen Kräfte diesem ganzen schwäbischen Wirtschaftsgebiet. Das Interessengebiet für den Rhein- strom der Stadt Karlsruhe reicht schon seit 1910 bis nach Ulm hinauf. So ist heute schon Stuttgart-Karlsruhe, trotz des noch be- stehenden politischen Trennungsrisses eine wirtschaftspolitische Einheit geworden, wobei Karlsruhe als Vorposten Stuttgarts im Rheintal zu werten ist. Wirtschaftliche Notwendigkeiten werden weitere technische Verbindungen schaffen. Zu der bevorstehenden Bahnverbindung wird bald eine geeignete Verbindung für den wachsenden Automobilverkehr treten müssen. Inallig steht man zahlreicher Personen- und Lieferwagen von Firmen des Stuttgarter Industriebezugs im Rheintal kurzieren. Die Ausfuhr einer großen Kutschstraße von Stuttgart nach dem Rheintal ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Bedürfnisfrage nach heute schon beacht- lichen. Sollte es nicht möglich sein, den Zufuhrungsstrom einer Wasserleitung Karlsruhe-Stuttgart auf weite Strecken in Verbin- dung mit einer solchen Autostraße auszuführen? Welche verwal- tungstechnische und materielle Vorteile ließen sich dadurch für die Ausführung und den Betrieb gewinnen.

Die Stuttgarter Trinkwassererzeugungslage kann nicht nur von technischen und hygienischen Gesichtspunkten aus betrachtet und gelöst werden, sie hat auch eine eminent wirtschaftspolitische Bedeu- tung. Der Schaden, den die Stadtverwaltung Stuttgart durch ver- fehlte Entschleunigungen zunächst den betroffenen Landkreisen zu- fügen würde, müßte im Endeffekt auf Stuttgart selbst zurückfallen. Es ist daher zu hoffen und zu wünschen, daß die Stadt Stuttgart, der die Führerrolle im Neuaufbau der schwäbisch-alemannischen Gemeinschaft zugefallen ist, nach weitestgehenden Gesichtspunkten ihre Entscheidungen trifft und neben der Wahrnehmung ihrer Vorteile auch ihre Pflichten richtig einschätzt.

Man darf mit großem Interesse der Entscheidung der Stuttgarter Trinkwasserfrage entgegensetzen. Ein Bezug des Trinkwassers für die schwäbischen Hauptstädter aus dem Karlsruher Werk bei Mörsch wäre unter annehmbaren Bedingungen zu begrüßen, denn Karlsru- he ist ja sehr wasserreich. Trotzdem von dem geplanten großen Mörscher Werk nur ein kleiner Teil errichtet wurde, genügt dieser, um im Verein mit dem alten Werk den Wasserbedarf Karlsruhes zu befriedigen. Das letzte Teilwerk kommt nur als Aufschlag zu der ansehnlichen Wasserentnahme des alten Werkes in Frage und verlor hauptsächlich Darlanden und die westlichen Stadtgebiete. Eine Beteiligung Stuttgarts am Mörscher Werk würde natürlich die Erstel- lung eines großen Wertes bedingen und da der Wasserreichtum im Mörscher Gebiet ein überaus ergiebiger ist, so könnte man diesem Projekt zustimmen, vorausgesetzt, daß die Bedingungen für Karlsru- he annehmbare sind.

Der Aufmerksamkeits der Stuttgarter Wasserwerksdirektion ist der große Grundwasserreichtum des Rheintales nicht entgangen. Tatsächlich hat die Stadt Karlsruhe durch die Anlage ihres im Jahre 1929 erfolgten neuen Wasserwerkes in dem ihr für alle Zeit gesicherten Gebiete im Mörscherwald einen Wasserreichtum fest- gestellt, der als unergründlich bezeichnet werden kann. Die Güte dieses Rheintalgrundwassers liegt bei 10 Grad. Das gewonnene Wasser wird ohne Reinigung dem Gebrauch zugeführt und die Stadt Karlsruhe verfügt seitdem über eine ausgezeichnete Trinkwasser- versorgung für das ganze Stadtgebiet. Die Wasserfassungsanlage liegt inmitten eines geschlossenen Waldgebietes von 20 Quadrat- kilometer Umfang, so daß der Grundwasserstrom durch das weiche, vertikalstrukturierte Regenwasser zusätzlich gespeist wird, ein Vorteil, der für jede Grundwassererzeugung ins Gewicht fällt. Zu diesen günstigen geologischen, hydrologischen und regionalen Bedingungen treten noch feste Abmahnungen über die dauernde Erhaltung der Waldungen im Einzugsgebiet.

Ein Hauptmoment für die Wertung einer Wasserfassungstelle ist neben der sachlichen Gegebenheit die Ausdauerfähigkeit und die Sicherstellung der Zukunft. In dieser Hinsicht stellt das neue Wasser- werk Karlsruhe-Mörsch geradezu ein Musteranlag dar. Der Grundwasserreichtum wird geradezu von den Niederschlägen des Schwarzwaldes, dessen Westseite bekanntlich zu den niederschlag- reichsten Gebieten Deutschlands gehört. Die vor 50 Jahren abge- schlossene internationale Rheintalregulierung brachte Ordnung und Kontinuität in die oberirdische Tiefen. Die in den Rhein- mündenden Schwarzwaldflüsse wurden ausschließlich fortgeführt. Seitdem sind die Grundwasserströme stabilisiert. Im Raum Karlsru- her-Rastatt, einem Siedlungsgebiet für Kleinlandwirtschaft und Industriearbeiter, sind Eingriffe in die bestehenden natürlichen Ge- gebenheiten nach menschlichem Ermessen niemals zu erwarten.

Der württembergische Landesgeologe Dr. Axel Schmidt hat außerdem auf ähnliche Wasserkräfte im Bruchaler Gebiet hingewiesen. Dieses Gebiet scheint aber für die nächsten 50 Jahre aus der Betrachtung aus, da die von der badischen Regierung verfolgte Meliorationspläne in diesem Gebiet Veränderungen in der Grundwasserführung mit sich bringen können. Die bessere land- wirtschaftliche Ausnutzung dieses Gebietes wird planmäßig ange- strebt. Auch der geplante bauliche Zusammenschluß der beiden Städte Karlsruhe-Durlach wird nicht ohne Einfluß auf die Wasser- führung im alten Rinsig-Murabett (des Bruchaler Gebietes) bleiben.

Unter Berücksichtigung all dieser Momente gewinnt der Wasserreichtum im Mörscher Wald auch für Stuttgart erhöhte Bedeutung.

Die nötigen Voruntersuchungen sind von der Stadtgemeinde Karlsruhe mit größter Sorgfalt durchgeführt worden und die feh- lenden Betriebsergebnisse befinden sich in den nächsten Tagen der Voruntersuchung. Hier findet Stuttgart ein fertig bereitetes Bett. Tatsächlich haben ja noch vor dem Bau des Wasserwerkes Karlsruhe Verhandlungen zwischen Stuttgart und Karlsruhe stattgefunden. Sollte es heute nicht möglich sein, die früheren Verhandlungen wie-

Die Polizei berichtet:

Schwerer Verkehrsunfall
In der Nacht zum Montag stieß eine von Durlach kommende Kraftdrosche auf der Durlacher Allee mit einem Radfahrer, der auf seinem unbeleuchteten Fahrrad ein Fräulein sitzen hatte, zusammen. Der Radfahrer und seine Begleiterin wurden zu Boden geschleudert und erheblich verletzt. Die Kraftdrosche, die offenbar mit sehr großer Geschwindigkeit gefahren war, fuhr noch nahezu 90 Meter weiter, geriet dann auf den Bahnhöfen der Straßen- bahnen, wo die Hinterräder vollständig abgerissen wurden. Von den fünf Fahrgästen wurden zwei verletzt. Der Radfahrer und seine Begleiterin wurden ins Krankenhaus verbracht, während der Kraftwagenführer, der nach den bisherigen Feststellungen ange- treten war, ins Gefängnis eingeliefert wurde.

Ein weiterer Verkehrsunfall ereignete sich ebenfalls auf der Durlacher Landstraße in der Nähe des Weinweges. Ein aus östlicher Richtung kommender Personentransportwagen, dessen Führer an einem vor ihm fahrenden Pferdewagen rechts ansetzt links vorbeifahren wollte, geriet auf den Bahnhöfen der elektrischen Straßenbahn und überfuhr sich. Der Kraftwagenführer, der leicht angekratzt war, wurde ins städtische Krankenhaus eingeliefert, wo sich allerdings nur leichtere Verletzungen feststellen ließen. Die Mitfahrer des Autos kamen mit dem Schrecken davon, der Kraftwagen mußte ab- geschleppt werden.

Ein rabiaten Fahrgast
Ein 20jähriger Mechaniker befand sich in einem Straßenbahn- wagen der Linie 1 auf der Fahrt von Durlach nach Karlsruhe grundlos mehrere Fahrgäste und schlug dabei einer Person mit der Hand ins Gesicht; auch gegen das einschreitende Fahrpersonal wurde er tätlich, so daß am Durlacher Tor polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Die Polizei, die den Rabiaten nur mit äußerster Gewaltanwendung zur Ruhe bringen konnte, nahm ihn in Gewahrsam.

Unfall

Ans bis jetzt noch ungeklärter Ursache stürzte ein 30jähriger Ar- beiter in der Donellstraße mit seinem Fahrrad zu Boden und blieb bewußtlos liegen. Er fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus, wo eine Gehirnerschütterung sowie eine größere Quetschung im Gesicht festgestellt wurde.

Gratis-Kostprobe bei Tieg

Kostproben, besonders wenn sie gratis zur Verteilung kommen, sind immer eine willkommen Sache. Werden sie aber in so reichlicher Fülle abgeben, daß sie zu einem Frühlings- oder Sommer- markt genügen, so ist die Freude darüber recht groß. In der heu- tigen Zeit natürlich noch mehr wie sonst! Hermann Tieg hat die Kostprobenfrage von der großzügigsten Seite angefaßt, was jeder bestätigen muß, der dem Warenhaus Tieg einen Rundgang widmet und oben die Lebensmittelabteilung ebenfalls besucht. Dieser Verkaufsweg, vertrieb Hausfrau, das steht man auf den ersten Blick, erfährt eine sehr aufmerksame Pflege. Von der Fülle der Waren sei ganz geschwiegen, denn hierin hat ja Tieg sich die klein- ste Gabe gesiegt. Große glasbedeckte Kübeln mit verschiedenen Waren sind nach Kübelhaltung der in Betracht kommenden Waren aufgestellt. Und was noch besonders angenehm auffällt, das ist die peinliche Sauberkeit, die hauptsächlich einwandfreie Art, wie die Wa- ren aufgestellt sind bzw. behandelt werden. Leider legen viele Hausfrauen — na, auch viele Männer! — herlich wenig Wert auf die Warenhygiene. Und das ist zu bedauern.

Wenn man dann alle Etagen des Tieg durchwandert hat und bis oberste, also das Nahrungsparadies, seinen appetitlichen Eindruck auf sich wirken ließ, dann macht sich etwas Müdigkeit bemerkbar und — der Magen merkt sich! Also hinunter in den Erfrischungs- raum! Es muß nicht absolut sein, denn es gibt ja zur Zeit in der Lebensmittelabteilung Gratis-Kostproben! Also ran zu den freund- lichen Wädeln, die ja darauf warten, ihre Ambrosien kostbar- kommen. Und wer jedoch an den ca. 30 Ständen sein „Verführer- gemacht hat, der wird sich nicht nur von der vorzüglichen Qualität überzeugen haben, sondern auch der vorher so renovierten Magen hat sich beruhigt. Also ein Gang zu Tieg lohnt sich! Aber ja nicht das Lebensmittelparadies vergessen.

